

Rahmenvereinbarung

Zwischen der

Siemens - Betriebskrankenkasse

Ganghoferstr. 29, 80339 München

- Auftraggeberin (AG) -

und der

- Auftragnehmerin (AN) -

wird folgende Rahmenvereinbarung geschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1. Vertragsgegenstand	3
2. Vertragsbestandteile	3
3. Vertragslaufzeit/ Höchstmenge	3
4. Kündigung; Außerordentliche Kündigung	4
5. Leistungsveränderung	4
6. Erteilung von Einzelaufträgen (Abrufverfahren)	5
7. Unteraufträge	6
8. Sonstige Pflichten nach Vertragsende, Mitwirkungshandlungen	6
9. Vergütung und Preise	6
10. Reisekostenregelung	7
11. Einsatz von KI	8
12. Nutzungsrechte	9
13. Versicherungsschutz	10
14. Salvatorische Klausel	10
15. Inkrafttreten des Vertrages	11

1. Vertragsgegenstand

- 1.1. Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung sind Dienstleistungen für Leistungen einer PR-Agentur. Die Rahmenvereinbarung bildet den Rahmen für vertragliche Abrufleistungen.
- 1.2. Der Abruf der Leistungen erfolgt jeweils mit einem von der AG erteilten und beauftragten Einzelauftrag. Im Einzelauftrag werden Leistungsumfang, Vergütung und Termine für den jeweiligen Einzelfall konkretisiert. Die Rahmenvereinbarung regelt die Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien und begründet dabei einzelauftragsübergreifende Rechte und Pflichten der Vertragsparteien. Darüber hinaus enthält sie allgemeine Regelungen für die unter dieser Rahmenvereinbarung geschlossenen Einzelaufträge.

2. Vertragsbestandteile

- 2.1. Es gelten als Vertragsbestandteile, diese Vertragsbedingungen und nachrangig in entsprechender Reihenfolge folgende Anlagen:
Anlage 1: Leistungsbeschreibung, inklusiver ihrer Anlagen
Anlage 2: Allgemeine Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge der SBK in der jeweils zum Vergabeverfahren gültigen und veröffentlichten Fassung, samt Anlagen
Anlage 3: Vergabeunterlagen
Anlage 4: evtl. weiteren Anlagen wie Datenschutzerklärungen etc.
Anlage 5: das Angebot der Auftragnehmerin vom _ (wird mit Zuschlag ergänzt) _
Anlage 6: Muster für Einzelabrufe (falls vorhanden)
Anlage 7: die VOL/B (Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen) in der jeweils aktuell gültigen Fassung (die VOL/B stehen unter www.bmwi.de zur Einsichtnahme bereit).
- 2.2. Die Anlagen dieses Vertrages sind integraler Bestandteil und jede Bezugnahme auf diesen Vertrag schließt seine Anlage mit ein.

3. Vertragslaufzeit/ Höchstmenge

- 3.1. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beginnt mit Zuschlagserteilung (xx.xx.xxxx) und endet nach 2 Jahren (voraussichtlich am: 28.02.2029).
- 3.2. Die AG ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, den Vertrag vier Mal, um jeweils ein weiteres Vertragsjahr zu verlängern, wenn der AN nicht mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalendermonats von der AG mitgeteilt wird, dass der Vertrag nicht fortgesetzt werden soll.

- 3.3. Vom Vertragsende der Rahmenvereinbarung unberührt bleibt die ordnungsgemäße und vollständige Erfüllung von während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung erteilten Einzelaufträgen. Einzelaufträge enden, soweit weder ein Rücktritt noch eine Kündigung erfolgt, mit der vollständigen Erfüllung der im Einzelauftrag vereinbarten Leistungen. Ein vor Ablauf dieses Rahmenvertrages abgeschlossener Einzelauftrag behält seine Wirksamkeit auch über den Endzeitpunkt des Rahmenvertrags hinaus bis zur vollständigen Leistungserbringung. Bis zur Beendigung des Einzelauftrags gelten die Regelungen der Rahmenvereinbarung für diesen Einzelauftrag fort.
- 3.4. Die Höchstmenge der Rahmenvereinbarung beträgt, wie in der Bekanntmachung veröffentlicht, 1.485.368 Euro (brutto). Die Rahmenvereinbarung endet automatisch mit Ausschöpfen dieser Höchstmenge und ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf, soweit keine Vertragsergänzung erfolgt ist. Die zulässige Vertragsergänzung richtet sich nach den Voraussetzungen des § 132 GWB.
- 3.5. Die AN wird verpflichtet, den Gesamtumfang der erfolgten Abrufe aus diesem Rahmenvertrag laufend zu dokumentieren und die AG unverzüglich schriftlich zu informieren, sobald die Inanspruchnahme der Dienstleistungen 75% der vertraglich festgelegten Höchstmenge erreicht.

4. Kündigung; Außerordentliche Kündigung

- 4.1. Eine Kündigung ist für beide Vertragsparteien erst ab dem 28.02.2028 möglich. Danach ist eine Kündigung durch die AG mit einer Frist von 6 Monaten bzw. durch den Auftragnehmer mit einer Frist von 9 Monaten zum Ende eines Kalendermonats möglich.
- 4.2. Das Recht zur außerordentlichen, fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

5. Leistungsveränderung

- 5.1. Die AG ist jederzeit berechtigt, zumutbare Leistungsveränderungen und / oder zusätzliche Leistungen zu verlangen (z. B. Nutzung eines künftig erweiterten Leistungsspektrums der AN). Inhaltliche Leistungsveränderungen führen nicht zu einer Mehrvergütung, wenn sie der ursprünglich vereinbarten Leistung adäquat sind und an deren Stelle treten.
- 5.2. Sofern Bedenken gegen Leistungsveränderungen bestehen, ist die AN verpflichtet, dies der AG schriftlich mitzuteilen.
- 5.3. Gleiches gilt für den Fall, dass die Änderungen bzw. zusätzlichen Leistungen mit einem nicht unerheblichen Mehraufwand verbunden sind. In diesem Fall ist die AN verpflichtet, der AG unverzüglich schriftlich die voraussichtlichen Mehrkosten und die hierfür verantwortlichen Gründe hierfür mitzuteilen.
- 5.4. Die Vertragspartner werden in diesem Fall eine angemessene Anpassung der getroffenen Vereinbarung vornehmen, die die Mehr- und Minderkosten entsprechend den Angaben der AN im Leistungsverzeichnis berücksichtigt. Die AN hat über die Mehr- und Minderkosten eine schriftliche Aufstellung vorzulegen. Ohne eine

entsprechende schriftliche Vereinbarung verbleibt es in jedem Fall bei der im Leistungsverzeichnis aufgeführten Vergütung und den in den Vergabeunterlagen geforderten Leistungsinhalten.

6. Erteilung von Einzelaufträgen (Abrufverfahren)

- 6.1. Die zu erbringenden Leistungen werden nur auf Abruf erbracht.
- 6.2. Die jeweils im Einzelnen durch die AN zu erbringenden Leistungen/Ergebnisse werden durch die AG in den Einzelbeauftragungen aufgeführt und/oder konkretisiert.

6.3. Ablauf Einzelauftrag:

Nach Eingang eines strukturierten schriftlichen Briefings über den in der Einarbeitungsphase vereinbarten Weg, muss die AN der AG innerhalb von 24h eine erste Rückmeldung geben.

Kostenvoranschläge und Timings sind standardmäßig innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Eingang des Briefings und unter Berücksichtigung von zwei Korrekturschleifen zu erstellen.

Innerhalb von 3 Arbeitstagen erfolgt ein schriftliches Rebriefing seitens der AN. Unter Rebriefing verstanden wird die Überarbeitung, Präzisierung oder Neuformulierung eines ursprünglichen Briefings, sowie die Formulierung von Fragen. Die Umsetzung kann ab Freigabe des KVA durch die AG beginnen.

Für Fremdkosten werden durch die AN drei Angebote eingeholt und mit dem KVA zugeschickt. Ausgenommen von den drei Angeboten sind Litho, Lektorat und Übersetzungen. Die AG entscheidet sich für einen Anbieter. Die Fremdkostenbelege/-abrechnungen des Anbieters und das unterschriebene Angebot werden mit der Rechnung zugeschickt.

Kleinstaufträge sowie Kosten oder Aufträge im Rahmen laufender Arbeiten (zum Beispiel Materialkosten, Satzkosten) bis maximal 1.000 EUR bedürfen nicht der Einholung von Kostenvorschlägen und keiner vorherigen Genehmigung.

Retainer und Sammelabrechnungen für Kleinstjobs können zwischen AG und AN im Rahmen der Einarbeitung vereinbart werden.

Die AG behält sich jedoch vor, die nötigen Aufträge an Dritte selbst zu vergeben. Die AN muss sowohl bei eigener Beauftragung nachunternehmerischer Leistungen als auch bei der Leistung durch den von der AG benannten Nachunternehmerinnen dafür sorgen, dass die jeweilige Nachunternehmerin den Auftrag der AG ordnungsgemäß erfüllt (Auftragssteuerung und Leistungskontrolle). Die AN wird zur ordnungs- und auftragsgemäßen Leistungserfüllung des Nachunternehmers alle gebotenen Maßnahmen im Namen der AG ergreifen. Eine ausdrückliche, weitere Ermächtigung hierzu ist von Seiten der AG nicht erforderlich.

7. Unteraufträge

Rechnungen von Subunternehmern bzw. Dritte werden von der AN geprüft und bezahlt. Unklarheiten in der Rechnung oder Leistungserbringung klärt die AN direkt mit den Subunternehmern/Dritten. Ebenso werden Gewährleistungsansprüche direkt gegendie Subunternehmern/Dritten geltend gemacht und durchgesetzt. Skontiregelungen sind einzuhalten und weiterzureichen.

8. Sonstige Pflichten nach Vertragsende, Mitwirkungshandlungen

Rückgabe von Eigentum und Unterlagen

(1) Die AN hat sämtliches in ihrem Besitz befindliches Eigentum der AG und die ihr im Rahmen ihrer Tätigkeit von der AG zur Verfügung gestellten Unterlagen bei der Beendigung des Vertragsverhältnisses unverzüglich und unaufgefordert innerhalb von 7 Tagen nach Beendigung des Vertrages bzw. je nach Einzelauftrag nach dessen Ausführung an die AG zurückzugeben, sofern es sich um Gerätschaften und andere Gegenstände handelt. Der AN steht kein Zurückbehaltungsrecht zu. Darüber hinaus sind sämtliche im Rahmen der Vertragsdurchführung erstellten oder mandatsbezogen gepflegten Arbeitsergebnisse und Daten, insbesondere Presse- und Medienverteiler, vollständig und in einem gängigen, weiterverarbeitbaren Dateiformat an die AG zu übergeben.

(2) Sofern es sich um Daten, Kopien, Arbeitsdaten, einfache Arbeitsmittel, Unterlagen, etc. handelt, kann die AG nach ihrer Wahl auch unverzüglich und unaufgefordert innerhalb von 7 Tagen nach Beendigung des Vertrages bzw. je nach Einzelauftrag nach dessen Ausführung – insbesondere, wenn diese Sozialdaten bzw. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der AG enthalten – die datensichere Vernichtung verlangen. Während der laufenden Zusammenarbeit sind die im vorstehenden Satz genannten Unterlagen, die nicht mehr erforderlich sind, der AG zu übergeben.

9. Vergütung und Preise

- (1) Die Vergütung ergibt sich aus der in der Anlage _ (Leistungsverzeichnis) beigefügten Preisliste der AN.
- (2) Vertragliche Einzelabrufe sind auf Grundlage der gemäß Abs. 1 festgelegten Preise zu kalkulieren.
- (3) Preisüberprüfungsklausel

a. Die Parteien vereinbaren, dass die im Vertrag festgelegten Vergütungen der AN alle zwei Jahre, erstmals nach Ablauf der Mindestvertragsdauer, auf ihre Angemessenheit überprüft werden können.

b. Im Rahmen der Preisüberprüfung sind insbesondere Veränderungen wesentlicher Kostenfaktoren zu berücksichtigen, insbesondere Personal-, Material-, Energie-, sonstige betriebsnotwendige Aufwendungen, Lohn- und Gehaltskosten, gesetzliche und regulatorische Vorgaben, sowie allgemeine Preisentwicklung. Die AN ist verpflichtet, im Rahmen der Preisüberprüfung die geltend gemachten Kostenentwicklungen nachvollziehbar zu belegen (z. B. durch Angaben zur Struktur der Lohnkosten, zu geänderten gesetzlichen Vorgaben oder zur allgemeinen Kostenentwicklung in anonymisierter und aggregierter Form).

c. Die AN ist darüber hinaus verpflichtet, im Rahmen der Preisüberprüfung offenzulegen, ob und in welchem Umfang seit der letzten Preisfestsetzung Effizienzgewinne (insbesondere durch Prozessoptimierungen, Digitalisierung oder Skaleneffekte) erzielt wurden. Derartige Effizienzgewinne sind zugunsten der AG zu berücksichtigen und führen zu einer entsprechenden Reduzierung der Vergütung.

d. Sowohl die AN als auch die AG sind berechtigt, die Preisüberprüfung zu beantragen. Die AG kann eine Überprüfung ausdrücklich auch mit dem Ziel der Preissenkung verlangen.

e. Die Parteien verpflichten sich, nach Antragstellung unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier (4) Wochen, in Verhandlungen über eine angemessene Anpassung einzutreten. Anpassungen bedürfen der einvernehmlichen Vereinbarung in Textform.

f. Kommt innerhalb von acht (8) Wochen nach Beginn der Verhandlungen keine Einigung zustande, bleiben die bisherigen Vergütungen unverändert bestehen. Weitergehende gesetzliche oder vertragliche Rechte der Parteien bleiben unberührt.

(4) Abrechnung

Die Beauftragung und Abrechnung erfolgt grundsätzlich auf Stundenbasis. Bei Tätigkeiten, die weniger Zeit als eine Stunde in Anspruch nehmen, erfolgt die Beauftragung und die Abrechnung im Viertelstundentakt.

(5) Retainer und Fixpreise

In gegenseitigem Einvernehmen können Retainer und Fixpreise für Leistungspakete vereinbart werden.

(6) Kurze Anfragen & Beratung

Beantwortung von allgemeinen Fragen und Anfragen, kurze fachliche Prüfungen (z.B. Einschätzung von Neuheiten) sind in den Honoraren der AN enthalten.

(7) Die unter Ziffer 3.5 Zusammenarbeit – Regeltermine in der Leistungsbeschreibung gekennzeichneten Regeltermine sind in den Honoraren der AN enthalten.

10. Reisekostenregelung

Folgende Regelungen gelten für die Abrechnungen von Reisekosten:

Nutzung der Bahn für Fahrten in der 2. Klasse oder Fahrten in der 1. Klasse mit der Bahncard 50.

Darüberhinausgehende Kosten, wie z.B. Verpflegung oder Übernachtung sind mit den jeweiligen Kosten der Leistung gemäß der Anlage „Vergabeunterlagen/Leistungsverzeichnis“ abgegolten.

Reisezeiten werden nicht vergütet.

In begründeten Ausnahmefällen ist in Absprache mit der AG eine abweichende Kostenübernahme nach vorheriger Freigabe durch die AG möglich.

11. Einsatz von KI

Datenschutz und Vertraulichkeit beim KI-Einsatz

Falls die AG eigene Daten oder Informationen im Zusammenhang mit der Nutzung eines KI-Systems durch die AN, insbesondere zur Optimierung, zum Training, als KI-Input oder für KI-Prompts bereitstellt (z.B. Kundendaten oder Kampagnenergebnisse), darf die AN diese und den damit generierten KI-Output ausschließlich für die vertraglich vereinbarten Zwecke nutzen und nicht zur Weiterentwicklung eigener oder fremder KI-Modelle verwenden.

Die AN hat durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass Daten der AG beim Einsatz von KI-Diensten Dritter nicht dauerhaft in diesen Systemen gespeichert oder zur Modellverbesserung genutzt werden. Entsprechende Nachweise sind der AG auf Verlangen zu erbringen.

Schulung von Mitarbeitenden

Die AN stellt sicher, dass alle ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Entwicklung, Bereitstellung, Implementierung oder Nutzung der eingesetzten KI-Systeme befasst sind, regelmäßig und angemessen geschult werden. Die Schulungen umfassen insbesondere:

- die grundsätzliche Funktionsweise der eingesetzten KI-Systeme;

- die mit dem Einsatz verbundenen Risiken und deren Minimierung;
- einschlägige gesetzliche Bestimmungen, insbesondere die KI-VO und die DSGVO;
- Maßnahmen zur Erkennung und Vermeidung von Diskriminierungen, Verzerrungen (Bias) und ethischen Bedenken;
- das Verfahren zur Fehlererkennung und den Umgang mit Fehlentscheidungen.

Die Schulungsinhalte müssen regelmäßig überprüft und an neue technologische Entwicklungen sowie regulatorische Anforderungen angepasst werden.

Anpassungsklausel

Da sich die rechtlichen und technologischen Rahmenbedingungen im Bereich der KI dynamisch und in schneller Folge weiterentwickeln, verpflichten sich die Parteien, die Regelungen dieses Paragraphen auf Verlangen einer der Parteien, mindestens jedoch einmal jährlich sowie anlassbezogen bei wesentlichen Änderungen der Gesetzeslage oder der technologischen Gegebenheiten, gemeinsam zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. Eine Anpassungspflicht besteht insbesondere bei:

- neuen oder geänderten unionsrechtlichen oder nationalen Anforderungen (z.B. Durchführungsrechtsakten zur KI-VO);
- wesentlichen technologischen Veränderungen, die die Art oder den Umfang des KI-Einsatzes grundlegend berühren;
- behördlichen Vorgaben oder Leitlinien zuständiger Aufsichtsbehörden.

Kommt eine Einigung über eine Anpassung nicht innerhalb von [30] Tagen nach Aufnahme der Verhandlungen zustande, bleibt die zuletzt gültige Fassung dieser Klausel bis zu einer Einigung oder bis zu einer gerichtlichen Klärung maßgeblich.

12. Nutzungsrechte

Umfang der Rechteeinräumung

Die AN räumt der AG an allen im Rahmen dieses Vertrages erbrachten Arbeitsergebnissen – insbesondere an allen kreativen Leistungen, Texten, Konzepten, Presse- und Medienverteilern, Entwürfen, Gestaltungen, Layouts, Reinzeichnungen, Fotoaufnahmen, Bewegtbildern, Audioaufnahmen und sonstigen Leistungsergebnissen – für die Dauer der gesetzlichen Schutzfrist das ausschließliche, unwiderrufliche, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbegrenzte Nutzungsrecht an allen bekannten Nutzungsarten ein.

Zieht die AN zur Vertragserfüllung Dritte heran, wird sie den Vertrag mit dem Dritten so schließen, dass die AN berechtigt ist, die Nutzungsrechte entsprechend den Vorgaben dieser Regelung auf die AG zu übertragen.

Schutzrechte

Bei Arbeitsergebnissen, die im Rahmen der Konzeption und Durchführung sowie Qualitätssicherung einer Maßnahme mit der AN entstehen, fällt die Rechtsinhaberschaft allein der AG zu. Sind solche Arbeitsergebnisse schutzrechtsfähig, darf allein die AG den

Schutz veranlassen und über die Verwertung verfügen. Schutzrechtsfähige Erfindungen von Mitarbeitenden der AN nimmt diese durch entsprechende Erklärung in Anspruch und überträgt diese auf die AG.

Bildrechte und sonstige Rechte

Die Kosten für die Recherche, den Einkauf und die Verwaltung von Bildern, Bewegtbildern u.Ä. sind nach dem vereinbarten Stundensatz für Grafikleistungen abzurechnen. Lizenzkosten übernimmt die AG nach vorheriger Freigabe nach Vorlage der Kaufbelege.

Bearbeitung und Umgestaltung

Die AG ist berechtigt, die übertragenen Werke in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form zu veröffentlichen und zu verwerten. Das Recht zur Bearbeitung und Umgestaltung kann unter Verwendung aller analogen, digitalen oder sonstigen Techniken – einschließlich KI-basierter Verfahren – durch die AG selbst oder durch Dritte ausgeübt werden. Die AG hat bei Bearbeitungen solche Beeinträchtigungen zu unterlassen, die geistige oder persönliche Rechte der Urheber am Werk zu gefährden geeignet sind.

Unbekannte Nutzungsarten

Die Auftragnehmer räumt der AG an den erstellten Werken auch die ausschließlichen, unbeschränkten, dauerhaften und übertragbaren – gemäß § 31a Abs. 1 UrhG widerruflichen – Rechte für die im Zeitpunkt des Vertragsschlusses unbekannten Nutzungsarten ein. Die vorstehenden Absätze gelten für unbekannte Nutzungsarten entsprechend.

Nutzungsrechte an KI-generierten Inhalten

Die vorstehenden Absätze gelten entsprechend für sämtliche KI-generierten Inhalte. Falls Inhalte, die durch ein KI-System generiert wurden, aufgrund rechtlicher Einschränkungen (z.B. Urheberrecht oder entgegenstehender Rechte Dritter) nicht automatisch der AG zugewiesen werden können, verpflichtet sich die AN, der AG ein zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes, ausschließliches Nutzungs- und Verwertungsrecht an dem jeweiligen KI-Output einzuräumen.

Die AN sichert zu, dass KI-generierte Inhalte frei von Rechten Dritter sind oder sie alle erforderlichen Lizenzen Dritter eingeholt hat. Falls sich herausstellt, dass KI-Output Rechte Dritter verletzt oder rechtliche Risiken birgt, verpflichtet sich die AN, innerhalb einer angemessenen Frist eine rechtskonforme Alternative bereitzustellen.

13. Versicherungsschutz

- (1) Die AN verpflichtet sich, um einen Teil seines Risikos abzudecken, für die Dauer der Vertragslaufzeit eine Berufshaftpflichtversicherung und/ oder Vermögensschadenhaftpflicht mit folgenden Deckungssummen pro Schadensereignis abzuschließen und der AG spätestens zum Vertragsbeginn vorzuweisen. Eine Berufshaftpflichtversicherung und/ oder

Vermögensschadenhaftpflicht mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. € pro Schadensfall. Die Versicherung muss Schäden aus der beruflichen Tätigkeit, insbesondere aus Beratung, Konzeption, kreativen Leistungen, operativer Umsetzung, Mediaeinkauf, Datenanalysen und Marktforschung, abdecken.

- (2) Sofern ein Schaden von beiden Vertragspartnern verursacht wurde, ist das Mitverschulden der AG und/oder der zur Auftragsabwicklung von der AG Beauftragten zu berücksichtigen.

14. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne der vorstehenden Bestimmungen oder Bestimmungen des Vertrages nichtig oder unwirksam sein oder werden, berührt dies nicht die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen. Unwirksame Bestimmungen werden im Wege der ggf. ergänzenden Auslegung dieser Vereinbarung durch solche Regelungen ersetzt, die den unwirksamen Bestimmungen wirtschaftlich und in ihrer rechtlichen Wirkung, soweit rechtlich zulässig, entsprechen.

15. Inkrafttreten des Vertrages

Der Vertrag tritt mit Erteilung und elektronischer Übermittlung des elektronisch erstellten Zuschlagsschreibens an die AN über das eingesetzte eVergabemanagementsystem der AG in Kraft. Der Vertrag wird von den Vertragsparteien nicht gesondert unterzeichnet.